

Stand: 05.06.2026 23:22:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/19491

"Regionale Energiewende statt Landzerstörung: SuedLink / SuedOstLink stoppen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/19491 vom 06.12.2017
2. Beschluss des Plenums 17/19552 vom 07.12.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 118 vom 07.12.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Regionale Energiewende statt Landzerstörung: SuedLink / Sued-OstLink stoppen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Planungen für die landzerstörenden Gleichstromtrassen SuedLink und SuedOstLink umgehend eingestellt werden.

Begründung:

- Die beiden Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs (HGÜ)-Leitungen sollen Wind- und Kohlestrom aus Nord- und Ostdeutschland für den europäischen Energiehandel transportieren und stehen einer regionalen und dezentralen Energiewende in Bayern mit Wertschöpfung vor Ort entgegen.
- Die geplanten Trassenkorridore stellen einen massiven Eingriff in den überwiegend land- und forstwirtschaftlich genutzten Boden sowie den Wasserhaushalt dar. Die beiden Trassen haben eine Gesamtlänge von 1.400 Kilometer, davon knapp 1/3 in Bayern, Erdbewegungen müssten mindestens auf einer Breite von 30 Metern und einer Tiefe von ca. zwei Metern vorgenommen werden, was eine Fläche von 50 Quadratkilometern (5.000 Hektar) und ein Erdvolumen von 100 Mio. Kubikmetern beträfe und schon in der Bauphase immensen Energieverbrauch bedeutet. Die Trassen müssen für die Zukunft von Bäumen freigehalten werden und beeinträchtigen die Planungen der Kommunen. Die Auswirkungen der elektromagnetischen Strahlung von Höchstspannung-Gleichstrom auf Mensch und Umwelt sind bedenklich, die Erwärmung des Bodens durch die Kabel beeinträchtigen den Bodenzustand und den Wasserhaushalt. Das gigantische Ausmaß der Bodenzerstörung und der Bedarf an Ausgleichsflächen sind in Zeiten des Flächenfrasses für dieses nicht zwingend nötige Projekt verantwortungslos.

Wenn die Energiewende doch noch gelingen soll, sind die Planungen für die völlig überbeuerten Erdkabeltrassen mit immensen Auswirkungen für Mensch und Natur umgehend einzustellen. Auf dieses Ziel muss die Staatsregierung in Berlin hinwirken.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/19491

Regionale Energiewende statt Landzerstörung: SuedLink / Sued-OstLink stoppen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Bernhard Roos

Abg. Martin Stämpfig

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Claudia Stamm

Staatssekretär Franz Josef Pschierer

Präsidentin Barbara Stamm

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe nun auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Regionale Energiewende statt Landzerstörung: SuedLink / SuedOstLink
stoppen! (Drs. 17/19491)**

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Aiwanger. Bitte schön, Herr Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir FREIE WÄHLER sind der Überzeugung, dass das Thema SuedLink/SuedOstLink noch nicht als politisch durchgewunken betrachtet werden darf, sondern dass es höchste Zeit ist, die Sache noch mal auf den Tisch zu bringen, gerade auch bei uns in Bayern, weil wir sehen, dass aufgrund der Konstellation im Bund viele Dinge neu diskutiert wurden.

Wir haben vor wenigen Wochen, als man noch von "Jamaika" ausgegangen ist, von der SPD den Vorschlag gehört, die GRÜNEN dürften sich beim Kohleausstieg nicht zu Kompromissen hinreißen lassen. Jetzt ist wieder Schwarz-Rot im Visier. Jetzt appelliere ich vor allem an die Kollegen der SPD und auch der CSU, sich mal vor Augen zu führen, was diese großen Stromtrassen für Bayern bedeuten würden. Vielen ist scheinbar noch nicht klar, dass das nicht ein dünnes Kabel ist, das eben mal mit dem Kabelpflug in der Erde verlegt wird, sondern hier werden bauliche Maßnahmen nötig sein, die die Menschen erschrecken lassen. Wir sprechen hier von einer Gesamtlänge von mindestens 1.400 km Trassenkorridor, mehrere Hundert Kilometer davon in Bayern, beginnend in Oberfranken über die Oberpfalz bis Niederbayern runter, auf der anderen Seite Richtung Grafenrheinfeld in Unterfranken. Hier wird die Trasse mindestens 30 Meter breit – es gibt auch Aussagen über eine Breite um die 60 Meter –, die Erde wird circa zwei Meter tief aufgedigelt, der Aushub beiseitegelegt. Dann werden Kabel reingelegt. Es wird wieder zugefüllt. Es geht in Oberfranken wahrscheinlich

durch das Fichtelgebirge. Sie haben hier noch vor wenigen Monaten den Vorschlag gemacht, das Fichtelgebirge als Nationalpark auszuweisen. Dieser Vorstoß kam seitens der CSU.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Was? Das ist der Frankenwald!)

Jetzt werden Sie sich oben damit auseinandersetzen müssen, dass hier am Ende die Bäume entfernt werden müssen, dass hier auf einer Breite von mehr als 30 Metern kein Baum stehen darf. Das ist ein massiver Eingriff in die Landschaft. Sie werden auch feststellen, dass diese Erdeingriffe den Wasserhaushalt beeinträchtigen. Der Bauernverband spricht bereits von wiederkehrenden Leistungen in Milliardenhöhe, die hier zur Entschädigung bezahlt werden müssen.

Meine Damen und Herren, das wird auf den Steuerzahler, das wird auf den Stromkunden zukommen für Leitungen, die wir nicht brauchen,

(Tobias Reiß (CSU): Sagst du!)

von denen viele Energieexperten sagen, diese seien für die Energieversorgung Bayerns nicht nötig, sondern dienen nur dem Verschiebebahnhof auf großer europäischer Ebene für den Transport von Energie vom Norden in den Süden. Wir kaufen Kohle aus Kolumbien, verstromen sie in Hamburg und führen den Strom über Trassen durch unsere bayerische Heimat runter bis nach Italien. Meine Damen und Herren, das ist für uns nicht nötig. Das ist für uns sogar ein Risiko. Deshalb die ganz klare Botschaft: Wir brauchen diese Stromtrassen SuedLink und Süd-Ost-Passage nicht. Wir müssen sie im Interesse unserer Heimat verhindern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen diese Debatte noch mal eröffnen, weil die Fertigstellung völlig in den Sternen steht. Es war einmal von 2022/23 die Rede, mittlerweile ist die Rede von 2025 und später. Auch eine Kostenexplosion ist zu erwarten. Heute werden 15 Milliarden Euro geschätzt. Bis es so weit ist, wird es ein Vielfaches kosten. Meine Damen und

Herren, ich kann Sie nur dringend bitten, hier nicht polemisch zu sagen: Abgehakt, das lassen wir; ohne diese geht es nicht.

(Tobias Reiß (CSU): Unseriös!)

Nein, schauen Sie ganz genau darauf, was das baulich wirklich bedeutet, was das finanziell bedeutet und was das im Hinblick auf die Energiewende in Bayern bedeutet. Es werden hier vielen regionalen Alternativen die Türen zugenagelt. Bürgergenossenschaften werden ausgebremst, und wir holen am Ende Kohlestrom aus Nord- und Ostdeutschland. Meine Damen und Herren, das ist der völlig falsche Weg in der Energiepolitik. Wir brauchen Dezentralität, nicht Größenwahn.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Noch eine Bemerkung an die Adresse der GRÜNEN: Beim Thema Landverbrauch sind Sie ganz vorne mit dabei. Sie wollen sogar ein Volksbegehren zur Reduktion des Landverbrauchs.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Wir haben schon eines gestartet!)

Diese Aktion wird Land zerstören noch und nöcher und wird Ausgleichsflächenbedarf nach sich ziehen. Hier werden die Kabel bei vielen Lösungen eben nicht überall unter der Erde funktionieren. Man wird im gebirgigen Gelände auch über die Erde gehen müssen. Wenn man von oben nach unten und umgekehrt geht, dann muss man Umspannwerke und dergleichen mehr installieren. Das ist ein riesiger baulicher Aufwand mit Flächenverbrauch und Finanzbedarf ohne Ende. Das ist energiepolitisch nicht zu Ende gedacht. Deshalb die klare Botschaft: Bringen Sie das noch mal zur Debatte, vor allem auch auf Bundesebene! Aus bayerischer Sicht müssen wir alles tun, um das zu verhindern. Leider Gottes sind die FREIEN WÄHLER an dieser Stelle die Einzigen, die noch über diese Aspekte nachdenken. Die anderen drei Fraktionen sagen, es gehe nicht anders. Gehen Sie in sich, denken Sie nach! SuedLink und Süd-Ost-Passage müssen im Interesse unserer bayerischen Heimat gestoppt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Aiwanger. – Der nächste Redner ist der Kollege Kirchner. Bitte schön, Herr Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Aiwanger, das war jetzt wieder schön, diesen Antrag zu hören, den Sie hier formuliert haben. Erste Bemerkung, bevor ich mit meinen Ausführungen anfangen: Sie haben null Inhalt eingebracht, wie Sie das Problem lösen wollen, wie Sie es verändern wollen, wie Sie die Energiewende in Bayern aufbauen wollen

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Regional!)

und wie Sie vor allem die Versorgungssicherheit sicherstellen wollen und die bayerische Wirtschaft hier in Bayern nicht im Stich lassen wollen. An dieser Stelle sind Sie ein hoffnungsloser Polemiker und Populist.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte für das Protokoll aufzeigen, wofür es eigentlich geht. Wir alle wissen, dass im Jahr 2011 der Kernenergieausstieg beschlossen worden ist und dass damit natürlich einhergeht, dass die erneuerbaren Energien noch mehr ausgebaut werden müssen und dass damit der Netzausbau eine bedeutende Rolle spielt. Ebenfalls 2011 folgte das Netzausbaubeschleunigungsgesetz und 2013 das Bedarfsplangesetz. Damit wurde festgestellt, dass bundesweit die energiewirtschaftliche Notwendigkeit des SuedLink und der Süd-Ost-Passage besteht und dass es einen vorrangigen Bedarf daran gibt. Im Jahr 2014 und in den folgenden Jahren war das auch bei uns im Landtag ein Thema. Wir haben es an verschiedenen Stellen diskutiert: im Wirtschaftsausschuss, aber immer wieder auch hier im Plenum. Wir wissen, dass gerade unser Ministerpräsident die Notwendigkeit dieser Leitungen infrage gestellt und gewisse Diskussionen angestoßen hat. Wir alle erinnern uns an den Energiedialog vom November 2014 bis Februar 2015 und auch darüber hinaus, der von unserer Ministerin Ilse

Aigner ins Leben gerufen worden ist, um die wichtigen Zukunftsfragen der Stromversorgung für Bayern zu erörtern. Ganz wichtig war bei diesen Veranstaltungen, dass zahlreiche gesellschaftliche Gruppen und viele Bürgerinitiativen und Experten dabei waren. Gefehlt haben aber die FREIEN WÄHLER. Sie waren nur bei der Anfangsveranstaltung dabei. Danach hat man sie dort nie wieder gesehen.

Dieser Energiedialog war ein sehr gelungener Prozess. Mittlerweile ist er auch die Blaupause für viele andere europäische Länder. Dort wurde aber auch klar festgestellt, dass der Netzausbau eine zentrale Rolle für die Energieversorgung spielt. Zum einen ist damit die Netzstabilität sicherzustellen. Wenn die Windenergie aus dem Norden und die Energie aus Photovoltaik aus dem Süden kommt, muss die Netzstabilität gegeben sein. Zum anderen riskiert man ohne Netzausbau, dass man verschiedene Preiszonen und damit deutlich höhere Stromkosten für den Wirtschaftsstandort Bayern und die Menschen, die hier wohnen, bekommt. Die Versorgungssicherheit haben Sie gar nicht angesprochen. Sie riskieren damit auch, dass es in Bayern keine Versorgungssicherheit mehr gibt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie riskieren es, weil das Ding nicht fertig wird!)

Wenn Sie die Diskussion weiterverfolgen und zuhören, verstehen Sie es auch irgendwann.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich verstehe es!)

Auch wurde ganz klar festgestellt, dass es einen Bedarf am Netzausbau gibt. 15 Bundesländer haben das festgestellt. Der Bundestag hat es festgestellt. Neben den politischen Gremien haben es auch die Wirtschaft und andere gesellschaftliche Institutionen festgestellt.

Gerade der Freistaat Bayern hat sich in Person unseres Ministerpräsidenten Horst Seehofer und unserer Ministerin Ilse Aigner und ihres Ministeriums massiv einge-

bracht. Aber auch unsere Bürgerinitiativen vor Ort haben sich eingebracht, weil sie die Projekte begleiten müssen, um Verbesserungen der Situation zu erreichen. Ich darf noch einmal daran erinnern, was uns in Bayern gelungen ist: der Vorrang für die Erdverkabelung. Dadurch können diese Hochspannungsleitungen überhaupt erst in den Boden kommen. Für viele Menschen ist das ein Muss, um diese Leitungen überhaupt akzeptieren zu können. Das ist nicht die Führung der SuedLink-Stammstrecke über den Knotenpunkt Grafenrheinfeld. Mit den Projekten der Wechselstromtrassen P43 und P44 wird nochmals eingehend geprüft, ob dieser Knotenpunkt entlastet wird.

Natürlich spielt auch der Bau von Reservekraftwerken eine Rolle, um die Lücke nach dem Ausstieg aus der Kernenergie und dem Abschalten der letzten Kernkraftwerke einerseits und der Bereitstellung alternativer Energien andererseits überbrücken und Versorgungssicherheit herstellen zu können. Ich kann es nur noch einmal wiederholen: Das geschah im Konsens mit der Bundesregierung, dem Bundestag, den Bundesländern, Experten und der Wirtschaft.

Herr Aiwanger, Sie sind Mitglied des Landtags und wissen, was Rechtsstaatlichkeit bedeutet, wer Gesetze beschließt und welche Bedeutung Gesetze haben. Sie wissen auch, dass eine vom 21. Dezember 2015 datierende Änderung des Bundesbedarfsplangesetz beschlossen worden ist, welche diesen Erdkabelvorrang vorsieht und die Prämisse enthält, dass den betroffenen Menschen sensibel begegnet und eine maximal gute Lösung herbeigeführt wird.

Herr Aiwanger, ich habe mir vorher die Frage gestellt, wie oft ich Sie hier im Plenum in der letzten Zeit bewusst wahrgenommen habe. Vielleicht habe ich Sie das eine oder andere Mal auch übersehen. Hier im Landtag sind gewisse Beschlüsse gefasst worden. So hat der Landtag am 10. November 2016 beschlossen, landwirtschaftliche Nutzflächen zu erhalten und den naturschutzfachlichen Ausgleich beim Netzausbau und sonstigen Projekten zur Umsetzung der Energiewende zu minimieren. Ist Ihnen das bekannt? – Vermutlich nicht, sonst hätten Sie dieses Szenario in der Begründung Ihres Antrages gar nicht aufgegriffen und hier dargelegt.

(Beifall bei der CSU)

Für die Bayerische Kompensationsverordnung gibt es Vollzugshinweise, nach denen darauf zu achten ist, dass der Flächenverbrauch nicht stattfindet. Es ist darauf zu achten, dass es keine Ausgleichsflächen für Flächen gibt, die im Nachgang als landwirtschaftliche Nutzflächen wiederhergestellt werden können. Auch Schutzflächen, die wiederhergestellt werden können, und die Flächen, die renaturiert werden können, können nicht mit Nutzflächen ausgeglichen werden, sondern ein Ausgleich muss an anderer Stelle stattfinden. Diese Verordnung wird im Dezember dieses Jahres noch veröffentlicht, und damit hat sie volle Wirksamkeit für die beiden HGÜ-Projekte, die Sie angesprochen haben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es geht nicht nur um diese Flächen!)

– Herr Aiwanger, so weit der Sachverhalt, den Sie bei Ihrem Antrag hätten wissen müssen; dann hätten Sie sich seriöser darstellen können.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Was ist mit dem Konverter in Niederaichbach? Brauchen Sie den?)

Mit Seriosität hat das nichts zu tun. Das ist reiner Populismus. Es ist reißerisch und – gestatten Sie die Härte – auch armselig, weil Sie alles ignorieren, was in der Vergangenheit passiert ist, was viele Menschen ausgearbeitet haben, um zu dieser Erkenntnis zu kommen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Warten Sie nur, bis der Bau beginnt, was dann los ist!)

Sie diffamieren damit den Einsatz der Menschen. Damit sind die FREIEN WÄHLER nicht vertrauenswürdig, und so tun Sie der Politik auch keinen Gefallen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Mehr als ihr auf alle Fälle! – Glocke der Präsidentin)

– Es wäre schön, wenn wir keinen Dialog führen würden, sondern wenn Sie einmal zuhören würden.

So weit meine Punkte. Ich möchte sie zusammenfassen. Eine Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes wurde beschlossen; sie datiert vom 21. Dezember 2015. Der Bedarf ist klar festgestellt, Herr Aiwanger. Es handelt sich um ein gesetzlich beschlossenes Ausbauprojekt. Es geht um eine sichere und wirtschaftliche Stromversorgung Bayerns. Diese weiter zu verzögern oder zu gefährden, wie Sie es machen, ist fahrlässig. Sie riskieren damit den Wirtschaftsstandort Bayern und setzen zahlreiche Arbeitsplätze in Bayern aufs Spiel.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das habt ihr bei der Atomlaufzeitverlängerung auch gesagt! – Glocke der Präsidentin)

– Es ist schon wahnsinnig, Herr Aiwanger. Sie sollten zuhören, dann würden Sie mitbekommen, was ich hier darstelle.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Zwischenrufe sind erlaubt! – Dr. Thomas Goppel (CSU): Wenn der Überdruck im Kopf zunimmt, geht es nicht anders!)

– Das ist ein guter Spruch. Haben Sie den gehört? – Wenn wir weitermachen können, wäre ich auch bereit, Ihnen den Rest zu sagen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Oberlehrer!)

– Der Oberlehrer waren Sie das letzte Mal, Frau Gottstein. Das zeigt, dass Sie Populismus und nicht Fachlichkeit in den Vordergrund stellen. Sie haben keine Ahnung von Energiepolitik.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Eine Beleidigung nach der anderen! Und das soll ich mir gefallen lassen? – Eine Beschimpfung nach der anderen!)

Wenn man das macht, was Sie sagen, wenn man diese Stromlücke, die entsteht, an der Stelle ausgleichen würde, dann müssten Sie zum Beispiel 7.000 Windräder für

Bayern verantworten, die man aufstellen müsste. 7.000 Windräder wären rund 100 Windräder in jedem Landkreis. Das würde bedeuten, dass Sie bei Dunkelheit und bei Windstille Ersatzkapazitäten in Form von Gaskraftwerken von 10 Gigawatt bräuchten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir exportieren doch Strom!)

Diese Gaskraftwerke braucht man nur dann, wenn irgendwo eine Flaute entsteht. Diese Gaskraftwerke könnte aber keiner rentabel betreiben, und deswegen wäre auch keiner bereit, dafür zu investieren.

Deswegen sage ich es Ihnen noch einmal: Sie haben mit Ihrem Antrag sehr viel erzählt, aber keine Silbe dazu gesagt, wie das Ganze funktioniert, wie das Ganze umgesetzt werden soll. Für mich ist die Konsequenz und die Erkenntnis aus diesem Antrag, dass die FREIEN WÄHLER energiepolitisch in diesem Hause keine Rolle mehr spielen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Kirchner. – Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Roos. Bitte schön, Herr Roos.

Bernhard Roos (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Werte Frau Präsidentin Gote, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Minuten haben wir gehört, dass die FREIEN WÄHLER als energiepolitische Geisterfahrer unterwegs sind.

(Beifall bei der CSU – Erwin Huber (CSU): Sehr gut!)

Ich denke mir, dass ihr das sagt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und ihr seid die Atomlaufzeitverlängerer!)

Ihr werdet jetzt aber nicht geschont, lieber Erwin, lieber Sandro. Ihr seid mindestens Vertreter der Echternacher Springprozeession – einmal vor, einmal zurück und am bes-

ten zwei Schritte zurück. Das ist noch schlimmer; denn ihr seid an der Macht. Wir können nicht viel kaputtmachen. Aber ihr habt an der Energiewende sehr viel kaputtgemacht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich wende mich an einen in euren Reihen, der sehr viel über Energiepolitik Bescheid weiß. Es ist Tobias Reiß, bis 2013 der Vorsitzende der Kommission im Bayerischen Landtag zur Begleitung der Energiewende. Er hat solide gearbeitet und gewusst, dass man zusätzliche Leitungen und Kapazitäten vor Ort nicht gegenseitig ausspielen muss. Regionalisierung ist genauso wichtig wie Internationalisierung. Dann klappt es. Lieber Kollege Pschierer, ihr wart dazu aber nicht fähig. Ihr habt keinen Masterplan für die bayerische Energiewende vorgelegt. Ihr habt in vielen Punkten versagt.

Der oberste Versager ist heute nicht da; denn im Wettbewerb der Populisten war Herr Seehofer mindestens so stark wie Herr Aiwanger.

(Beifall bei der SPD – Georg Rosenthal (SPD): Das heißt was!)

Sandro Kirchner hat sehr vieles richtig dargestellt: Es gibt einen Bundesbedarfsplan, es gibt die Bundesnetzagentur, die definitiv gesagt hat, dass wir diese Höchstspannungsübertragungsnetze brauchen. Sie hat aber nicht gesagt, dass diese Leitungen zwingend unter der Erde verbuddelt werden müssen. Wenn ihr wissen wollt, wer die Suppe auslöffelt, dann fragt mal Herrn Gaffal, den Präsidenten der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, und unsere Endverbraucher. Die Bürgerinnen und Bürger, für die wir Sozialdemokraten stehen, müssen nämlich über ihre Stromrechnung um den Faktor 1 : 8 mehr bezahlen. Gegenüber einer Hochspannungsleitung ist die Erdverkabelung um das Achtfache teurer. Das habt ihr zu verantworten. Das kann man vielleicht in höchst sensiblen Gebieten mit hoher Besiedelung machen, aber doch nicht querbeet, und gleich gar nicht durch die Wälder. Da wurde sehr viel Unsinn verbreitet und beschlossen.

Jetzt komme ich noch einmal zu den FREIEN WÄHLERN. Hubert, hör mir zu! Schau nicht schon wieder ins Handy!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, ja! – Gisela Sengl (GRÜNE): Er ist multitaskingfähig! – Allgemeine Heiterkeit)

– Ja, ja, Multitasking. Das kenne ich schon. – Du kennst die Grundlagen der Physik, oder? Jetzt machen wir ein bisschen Unterricht. Du sprichst von Nord-Süd und sagst, dass der Strom aus Wind und Kohle von Norden nach Süden komme. Meinst du, das ist eine Einbahnstraße?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir haben ja Trassen! Es ist nicht so, als ob wir keine Trassen hätten! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir haben dank des Zubaus erneuerbarer Energien wie Photovoltaik und Windkraft – beides wurde faktisch von der Bayerischen Staatsregierung gestoppt – genügend Tage und Stunden, an denen wir nach Norden exportieren können.

Jetzt komme ich zur traurigen Bilanz der Politik der Bayerischen Staatsregierung. Wenn im Jahr 2022 das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet wird, müssen wir als Freistaat Bayern die Hälfte unseres Stroms importieren. Das ist eine Bankrotterklärung. Ich sage noch dazu: Ich bezweifle, dass die Übertragungsnetze dann fertig sind. Das heißt, wir werden über einen Zeitraum von mindestens drei oder vier Jahren noch mehr Strom importieren müssen. Versorgungssicherheit ist dann nicht mehr gewährleistet.

(Beifall bei der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir haben Gaskraftwerke!)

Jetzt ist die Schulstunde beendet. Sowohl die Staatsregierung als auch die FREIEN WÄHLER haben schlecht gearbeitet. Ihr habt den verkehrten Bürgern aufs Maul geschaut. Ihr habt nicht denen aufs Maul geschaut, die gesagt haben: Wir müssen Versorgungssicherheit und Preiswürdigkeit miteinander verknüpfen. Stattdessen habt ihr

den Schreibern vor Ort auf den Mund geschaut. Ihr seid denen gefolgt, die gesagt haben: Die Leitung darf irgendwo sein, aber nicht bei mir. Das ist falsch.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Roos. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Stümpfig. Bitte schön, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben wieder einmal eine Debatte über die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung, eine HGÜ-Debatte. Wir sind schon fast aus der Übung gekommen. Wir debattieren in diesem Haus seit vier Jahren über HGÜ hin und her. Die Debatte will und will einfach nicht an Niveau gewinnen. Wir haben heute wieder von unserem neu erwählten Energieexperten Aiwanger eine Rede gehört, in der er mit einem Satz gesagt hat, was er nicht will. Er sagt ganz pauschal: Wir brauchen keine Leitungen. Er deutet jedoch in keiner Weise an, wie die Lösung gefunden werden soll. Uns wird nur gesagt: Die anderen sollen doch mal nachdenken. Herr Aiwanger, wenn das alles ist, womit Sie mit Ihrem Dringlichkeitsantrag in die Bütt gehen, ist das wirklich sehr schwach. Das ist Populismus hoch drei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Niveau der HGÜ-Debatte – Herr Kollege Roos hat das eben angedeutet – war zu Beginn wegen der CSU sehr niedrig. Sie wusste nicht – rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln –, was sie will. In letzter Zeit ist das hauptsächlich bei den FREIEN WÄHLERN so. Ich befürchte, dass es vor der Wahl noch viele geben wird, die populistisch auf Stimmenfang gehen werden.

Wir von den GRÜNEN sind froh, dass die Planungen endlich in Gang gekommen sind. Sie wurden jahrelang von der CSU, vom Ministerpräsidenten, blockiert. Die Verzögerungen beim Bau von HGÜ-Leitungen werden wir mit höheren Strompreisen bezahlen.

Im Jahr 2015 haben wir eine Milliarde Euro für Redispatch-Maßnahmen ausgegeben. Das kann es wirklich nicht sein.

Deswegen ist für uns ganz klar: Die HGÜ-Leitungen sind im Deutschen Bundestag beschlossen worden. Es gibt nach wie vor Möglichkeiten zur Änderung. Die Planungen können korrigiert werden. Das ist jedoch die Grundlage, auf der wir jetzt weiterarbeiten wollen.

Wir brauchen die Leitungen aus zwei Gründen. Die CSU hat ihr Wahlversprechen gebrochen. Bei der letzten Landtagswahl hieß es noch: Jede in Bayern verbrauchte Kilowattstunde soll auch in Bayern erzeugt werden. Jetzt schwenken wir um auf das Ziel, bis 2025 50 % des Stroms zu importieren. Das ist nur der errechnete Durchschnitt. Wir werden in Bayern Stunden haben, in denen wir bis zu 70 % unseres Strombedarfs importieren müssen. Wir hängen also am Tropf, und das ist in großem Umfang die Schuld der CSU. Sie haben es nicht geschafft, die Erneuerbaren auszubauen.

Der zweite Grund, warum wir die Leitungen brauchen, ist die unterschiedliche Verteilung des Stroms abhängig von Region und Jahreszeit. Da hilft es nichts, nur den Jahresdurchschnitt zu betrachten. Stattdessen müssen wir es schaffen, Überschuss-Strom dorthin zu liefern, wo er gebraucht wird. Wenn wir in Bayern einen großen Strombedarf haben und in Ostdeutschland gerade ein Stromüberschuss besteht, ist es in keiner Weise sinnvoll, den Strom zu hohen Kosten und bei schlechtem Wirkungsgrad irgendwo zwischenzuspeichern. Bei uns müssen wir dann – das hat Herr Aiwanger hereingerufen – Gaskraftwerke laufen lassen. Das ist sowohl klimapolitisch als auch ökonomisch totaler Unfug. Wir müssen es schaffen, Strom dorthin zu liefern, wo er gebraucht wird. Nur der Überschuss-Strom soll gespeichert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Aiwanger, ich komme zu Ihrem Argument der Landschaftszerstörung. Das ist ebenfalls vollkommen danebengeschossen. Nach Ihrer Berechnung haben wir 1.400 km Leitungen in Bayern. Die Leitungen, die in Bayern verlaufen, sind aber nur

370 km oder knapp 400 km lang. Wir haben keinen 30-Meter-Graben, der komplett ausgehoben wird, sondern es gibt Schächte, die für die Kabel ausgehoben werden. Wenn Sie von 100 Kubikmeter – –

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Millionen!)

– Wenn Sie von 100 Millionen Kubikmeter Material sprechen, ist mindestens um den Faktor zehn übertrieben. Sie haben in keiner Weise richtig gerechnet. Das ist wieder Populismus pur. Es stimmt, dass es eine große Baustelle wird. Das kann man nicht von der Hand weisen. Je nachdem, wie der Baufortschritt vor Ort ausfällt, ist der Bau nach einem Jahr getätigt. Die Leitungen befinden sich dann unter der Erde. Die Fläche kann dann wieder landwirtschaftlich genutzt werden. Es sind beileibe nicht die ersten und einzigen Leitungen, die wir in Bayern unter der Erde haben. Wir haben Gasleitungen, Fernwasserleitungen, Ölpipelines und vieles mehr unter der Erde. Wir haben eine Vielzahl von Leitungen, die bereits vergraben sind.

Nur zum Vergleich: Die Oberste Baubehörde in Bayern ist verantwortlich für den Bau und den Erhalt von 25.000 km Straßen. Das sind nur die überörtlichen Straßen. Die kleinen Verbindungsstraßen sind da gar nicht eingerechnet. Gerade Sie von den FREIEN WÄHLERN sind sich nicht zu schade, für jede Straße, die irgendwo geplant wird, laut zu schreien: Die brauchen wir auf jeden Fall. Diese Straßen sind dafür verantwortlich, dass Landschaften zerschnitten werden. Sie verursachen einen hohen Flächenverbrauch. Wir verfügen über 25.000 km überörtliche Straßen. Wegen 370 km machen Sie jetzt so einen Zinnober. Sie schwingen sich zu den größten Landschaftsschützern auf. Darüber können wir nur laut lachen. Das ist wirklich Themaverfehlung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen eine fachliche Debatte und kein Schwarz-Weiß-Denken. Wir brauchen keine banalen Ein-Satz-Anträge: Weg mit der Leitung. Dafür ist die Energiewelt viel zu komplex. Wir sollten uns bemühen, die Komplexität zu erfassen. Ich schäme mich schon ein bisschen, wenn landauf, landab in Bayern – auch an diesem Montag vom

FFE – sehr detaillierte Fachdiskussionen stattfinden, wie man die neue Energiewelt konstruieren kann, und wir hier im Hohen Haus über solche banalen Anträge diskutieren. Sie sind nicht daran interessiert, gute Lösungen zu finden. Sie gehen politisch nur auf Stimmenfang. Ich habe es echt satt. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Stümpfig, bitte bleiben Sie noch. In letzter Minute hat sich Herr Kollege Dr. Fahn zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön, Herr Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Stümpfig, wie erklären Sie sich, dass der Bund Naturschutz in Bayern, eine Naturschutzorganisation mit über 200.000 Mitgliedern, die gleiche Position hat wie die FREIEN WÄHLER und sich auch gegen diese Stromtrassen und gegen die regionale Energiewende einsetzt? Wie erklären Sie sich das? Sie sind doch auch ein Unterstützer des Bund Naturschutz.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Fahn. – Herr Stümpfig, bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Fahn, erstens setzt sich der Bund Naturschutz nicht gegen die dezentrale Energiewende in Bayern ein,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das war ein Versprecher!)

sondern er setzt sich für die dezentrale Energiewende ein. Außerdem muss ich sagen, der Bund Naturschutz differenziert mehr, als Sie das tun. Er sagt: Hier brauchen wir eine transparente Herbeiführung. Das heißt, man will genau wissen, wie die Notwendigkeit zustande kommt. Dazu habe ich von Ihnen bisher wenig gehört. Wir stehen in einem starken Austausch, auch mit dem Bund Naturschutz. Man muss schon einmal ganz klar sagen: Wir brauchen diese drei Bausteine. Das haben wir hier im Haus schon oft diskutiert. Wir brauchen viele neue Speicher, wir brauchen die Erzeugungs-

anlagen. – Da schaue ich jetzt wieder nach rechts; denn die CSU versäumt es nicht, der Windkraft komplett den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Sie sind auch gegen die Pumpspeicherkraftwerke. Auch bei der Solarenergie und der Photovoltaik passiert nichts. – Als dritten Baustein brauchen wir die Leitungen. Diese drei Bausteine zusammen ergeben den Komplex. Wenn man einen Baustein aber komplett vernachlässigt, so wie das zum Beispiel in Bayern geschieht, wo man keinerlei Ausbau mehr will, dann kann man es schon verstehen, wenn der Bund Naturschutz sagt: Wenn die CSU nichts für das eine tut und nur Leitungen baut, dann kann es das nicht sein. Wir brauchen diese drei Bausteine. Das ist nach unserer Einschätzung das Wichtigste.

Mit diesen populistischen Anträgen, die Sie hier im Landtag vorgelegt haben, erreichen Sie rein gar nichts. Sie müssen sich in diese komplexen Debatten einmischen und sich anhören, wie Smart Grid funktioniert, was man hier machen kann.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Meinen Sie, das haben wir nicht getan?)

Ihr energiepolitischer Sprecher weiß dazu eindeutig mehr. Vielleicht kann das nächste Mal wieder Herr Glauber sprechen, dann hätten wir hier etwas mehr Niveau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Stümpfig. – Nun hat sich Frau Kollegin Claudia Stamm zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Stamm.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und sehr geehrte Kollegen! Wir haben viel über Populismus gehört, über den Populismus des Fraktionsvorsitzenden der FREIEN WÄHLER. Zunächst einmal: Dieser Antrag hat seine Berechtigung, auch wenn er in der Begründung, in dem einen knappen Satz, vielleicht etwas verkürzt und populistisch daherkommen mag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Roos hat es auch ausgeführt: Es ist wahnsinnig viel schiefgelaufen bei der Planung der Stromtrassen. Vor allem aber muss man eines klarstellen: In Bayern herrscht seit Jahrzehnten der energiepolitische Unverstand; anders kann man das nicht nennen. Zuerst haben Sie, meine Damen und Herren, fatalerweise auf die Atomenergie gesetzt. Sie haben massiv auf die Atomenergie gesetzt, ohne je Verantwortung dafür zu übernehmen oder auch nur ansatzweise eine Antwort darauf zu haben, was Sie mit dem Atommüll machen wollen. Dann haben Sie den Ausstieg verpasst, und nun droht das, womit Sie die Trassen begründen.

(Unruhe bei der CSU)

Natürlich droht der Blackout, wenn die Atomkraftwerke 2022 endlich – ich betone: endlich – abgestellt werden, weil Sie nicht wissen, woher Sie die Energie nehmen sollen. Sie haben nämlich vor Jahrzehnten den Einstieg in eine dezentrale Versorgung Bayerns mit regenerativen Energien verpasst. Sie haben kein bisschen in die Forschung in diesen Bereich investiert. Sie haben auch nicht auf kleine Speicherkraftwerke gesetzt. Sie haben nicht geforscht, null geforscht, und deshalb sind Sie heute nicht in der Lage, die Zeichen der Zeit zu erkennen, obwohl die Windkraftanlagen eigentlich hoch genug sind und für Strom sorgen könnten.

Erfunden haben dieses Konzept ganz sicher nicht die FREIEN WÄHLER, und es ist auch nicht das Verdienst der SPD, sondern das ist ganz allein das Verdienst von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Umso bedauerlicher finde ich es, wenn die Kolleginnen und Kollegen hier, bei den Stromtrassen, das Geschäft der CSU besorgen und zuallererst, vor allen anderen in Bayern, den Stromtrassen das Wort reden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist kein energiepolitischer Pragmatismus, und es ist gut, dass der Bund Naturschutz noch einmal genannt wurde. Das ist eine Abkehr von der Energiewende, eine Abkehr von einer Energiewende zugunsten dezentraler Energien. Ihnen, den FREIEN

WÄHLERN, würde ich allerdings empfehlen – und das haben Sie heute schon einmal gehört – nicht nur gegen etwas zu sein.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sie sollten vielmehr auch am Ausbau von Windenergie und Solarenergie mitwirken. – Frau Präsidentin, ich habe vier Minuten Redezeit.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Sie hatten zwei Minuten angemeldet.

Claudia Stamm (fraktionslos): Ich habe gesagt, wenn ich etwas länger rede, dann benötige ich vier Minuten.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Entschuldigung, dann reden Sie jetzt bitte vier Minuten. Mir wurde gesagt, dass Sie nur zwei Minuten angemeldet hätten.

Claudia Stamm (fraktionslos): Ich habe trotzdem bis zu vier Minuten. Ich bin jetzt aber am Schluss.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Stamm. – Nun hat sich noch einmal Herr Kollege Aiwanger zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rede noch einmal, weil hier allgemein der Vorwurf kam, wir hätten nicht gesagt, welche Alternativen wir uns zu Ihren Stromtrassen vorstellen. Wenn Sie hingehört hätten, dann hätten Sie gehört, dass ich gesagt habe: Deutschland ist ein großer Stromexporteur. Wir kaufen unter anderem in Kolumbien Kohle und verstromen sie bei uns, und diesen Strom verschenken wir dann. Würden wir unsere bestehenden Leitungskapazitäten von Kohlestrom freischaufeln, dann hätte sehr viel mehr erneuerbarer Strom dort Platz. Sie tun gerade so, als befänden wir uns im Jahr 1850, irgendwann vor Bismarck, in der Zeit, bevor die erste Stromleitung nach Preußen gelegt worden ist. Meine Damen und Herren, wir haben doch Leitungen in

den Norden und auch Leitungen vom Norden in den Süden. Das Problem besteht doch darin, dass die Kohleindustrie volle Kanne produzieren will. Zusätzlich sollen die erneuerbaren Energien dort hineingehen. Dann wird das insgesamt natürlich zu viel. Wir sagen aber: Deutschlands Ziel Nummer eins muss es nicht sein, massiv Strom zu exportieren, sondern zunächst einmal die eigenen Kapazitäten der erneuerbaren Energien im Netz unterzubringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dann kann man noch etwas mit Kohle draufgehen. Derzeit gibt es den Leitungsausbau nach Österreich. Wir verstärken die Leitung nach Österreich. Die Aussage lautet: Wenn die bestehende Leitung nach Österreich fertig ist, dann ist Bayern bezüglich der Energieimporte auf nichts anderes mehr angewiesen. Wir haben mindestens 15 große Gaskraftwerke in Bayern stehen. Teilweise sind es die Modernsten dieser Welt, und sie kommen ohne Schadstoffausstoß zurande, Herr Stümpfig.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Die stehen rum und werden nicht genutzt. Wir setzen noch eins drauf – und das brauche ich gar nicht zu erfinden –, und zwar das Thema "Power to Gas". Das Thema ist mittlerweile auch bei Audi angekommen.

(Unruhe bei der SPD)

Mittlerweile wird von vielen propagiert, Methan aus erneuerbaren Energien selbst zu erzeugen. Das Gas wird dann in das bestehende Gasnetz eingespeist und vor Ort verstromt. Die Gasleitungen haben wir, die braucht man nicht neu zu bauen. Damit haben wir eine gewisse energiepolitische Autarkie. Dann brauchen wir nicht mehr pro Einwohner Deutschlands im Jahr 1.000 Euro für Energieexporte auszugeben. Deutschland kauft derzeit Energie für 80 Milliarden Euro im Jahr: Gas aus Russland, Öl aus Arabien. Hätten wir mehr in "Power to Gas" investiert, könnten wir das selber machen. Noch einmal: Wir haben Leitungen. Sie tun gerade so, als gäbe es keine.

(Allgemeine Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir sollten die erneuerbaren Energien in die bestehenden Leitungen einspeisen.

(Bernhard Roos (SPD): Jetzt erst recht!)

Dann brauchen wir keine neuen Leitungen. Wenn wir den Kohleanteil zurückfahren, dann sind diese Leitungen nicht überfüllt.

Bezüglich der Versorgungssicherheit sage ich Ihnen eines: Sie haben damals gesagt, wir bräuchten unbedingt die Verlängerung der Atomlaufzeit. Die haben Sie jetzt politisch abgehakt. Sollte Bayern irgendwann auf diese SuedLink/Süd-Ost-Passage angewiesen sein, dann habe ich schlaflose Nächte. Ich sage Ihnen nämlich voraus: Diese Trassen werden niemals fertig werden. Das werden juristische Dauerbaustellen. Das wird vielleicht technisch gar nicht funktionieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese Leitungen sind auch sabotageanfällig.

(Bernhard Roos (SPD): Das sind doch alle Leitungen!)

Soll das wirklich die Nabelschnur sein,

(Allgemeine Unruhe – Glocke der Präsidentin)

mit der Bayern an Norddeutschland hängt? Es gibt heute genug verrückte Leute, die mit einem Lkw in eine Menschenmenge fahren. Es gibt auch genug verrückte Leute, die eine solche Trasse kappen würden.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich sage Ihnen eines: Wenn Sie sich darauf verlassen, dass diese Leitung funktioniert, dann gehen Sie ein energiepolitisches Wagnis sondergleichen ein. Sichern Sie die

Energieversorgung Bayerns durch regionale Alternativen, nicht durch diesen Größenwahn!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Aiwanger. – Nun hat sich für die Staatsregierung Staatssekretär Pschierer zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es fällt schwer, Herr Kollege Aiwanger, Ihnen zu folgen, aber nicht, weil wir intellektuell nicht in der Lage dazu wären, sondern weil Sie hier energiepolitischen Nonsens erzählen.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, Ihre energiewirtschaftlichen Kenntnisse beschränken sich darauf, dass Sie einen Lichtschalter bedienen können, auf mehr nicht.

(Heiterkeit – Beifall bei der CSU und Abgeordneten der GRÜNEN)

Vielleicht noch einmal zur Erinnerung, Herr Kollege Aiwanger: Am 1. Juli 2015 haben

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

die drei Parteivorsitzenden eine energiepolitische Vereinbarung geschlossen. Am 21. Dezember 2015 wurde im Deutschen Bundestag das Bundesbedarfsplangesetz geändert und ergänzt; die HGÜ-Trassen SuedOstLink und SuedLink wurden festgeschrieben. Das heißt: Wenn Sie etwas ändern wollen, ist der Adressat nicht der Bayerische Landtag, sondern der Deutsche Bundestag. Dem Deutschen Bundestag gehören Sie nicht an, und Sie werden ihm auch nie angehören. Das ist auch gut für die Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zur Notwendigkeit der Trassen. Sie sprechen immer von regionaler und dezentraler Energieversorgung. Nun haben Sie anscheinend immer noch sehr gute Beziehungen zur Landrätin des Landkreises Regensburg; das sei Ihnen durchaus gegönnt. Die Dame erzählt der Welt immer, dass man einen Landkreis mit Windrädern, mit Photovoltaikanlagen und einigen Biogasanlagen energieautark versorgen kann. Ich sage Ihnen jetzt an dieser Stelle: Ich erwarte von der Landrätin, die Ihrer Partei angehört, ein klares energiepolitisches Konzept, aus dem hervorgeht, wie sie gedenkt, den Landkreis Regensburg energieautark mit regenerativen Energien zu versorgen, wie viele Windkraftanlagen sie bauen wird, wie viele Photovoltaikanlagen errichtet werden sollen und wie viele Biogasanlagen gebaut werden sollen. Alles andere ist Wählertäuschung, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Punkt. Herr Aiwanger, versuchen Sie heute mal, jungen Menschen, Menschen aus der Wirtschaft zu erklären, dass wir im Norden der Bundesrepublik Deutschland gigantische Windparks errichtet haben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das haben Sie zu verantworten!)

Diesen Strom müssen wir abregeln; wir müssen den Betrieb dieser Windkraftanlagen abregeln,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, weil Sie so viel Blödsinn gemacht haben!)

weil wir den Strom nicht transportieren können. Jetzt bitte ich Sie – das ist ja nicht so weit entfernt –, mal in die Tschechische Republik zu fahren. Unterhalten Sie sich mit dem tschechischen oder auch mit dem polnischen Wirtschaftsminister. Die werden Ihnen sagen: So funktioniert es nicht mehr in Europa, dass ihr eure erneuerbaren Energien ausbaut, ohne die Netze auszubauen, weil ihr damit unsere Netze in Polen und Tschechien instabil macht. Das Ganze nennen wir im Fachjargon Redispatch. Ich

buchstabiere es Ihnen gerne nochmal. Das heißt nichts anderes – versuchen Sie, das jetzt einmal zu kapieren – als: Wir zahlen oben dem Betreiber der Windkraftanlage 95 % der Entschädigung, obwohl sich das Windrad gar nicht dreht, weil wir die Anlage vom Netz nehmen müssen.

(Georg Rosenthal (SPD): Richtig!)

Hier unten im Süden müssen wir Reservekraftwerkskapazitäten hochfahren. Das zahlt die bayerische Wirtschaft, das zahlen die bayerischen Verbraucher.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist Ihre Politik!)

– Herr Aiwanger, das ist nicht unsere Politik,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja freilich, ihr habt ja regiert!)

das ist Politik der Bundesrepublik Deutschland. Und deshalb sind Sie die letzten Mohikaner, was dieses Thema angeht, Herr Aiwanger.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das haben alle kapiert, nur Sie nicht. Sie wollen es nicht kapieren – das weiß ich –, weil es draußen im Bierzelt, im Festzelt und bei Kommunalpolitikern ganz gut ankommt, wenn man wieder einmal ordentlich drein drischt. Aber verantwortliche Politik, meine Damen und Herren, sieht anders aus.

(Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Nächster Punkt: Diese Energiewende – –

Präsidentin Barbara Stamm: Zwischenrufe ja, aber bitte nicht permanent.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Diese Energiewende findet auch in enger Übereinstimmung mit den Verbänden der Wirtschaft, in enger Verbindung und Abstimmung auch mit vielen gesellschaftlichen Gruppierungen statt, nicht

zuletzt auch in Abstimmung mit der Landwirtschaft, auch mit der bayerischen Landwirtschaft. Sie haben in der letzten Zeit, was diese Trassen angeht, aus Sicht der Landwirtschaft zwei Dinge gehört: Wir wollen das Thema Ausgleichsflächen geregelt haben, und wir wollen eine vernünftige Entschädigung. In beiden Bereichen, meine Damen und Herren, sind wir in einem sehr konstruktiven Dialog mit dem Bayerischen Bauernverband, in anderen Bundesländern auch mit dem Deutschen Bauernverband. Wir haben es geschafft, das Thema Ausgleichsflächen im Rahmen der Bayerischen Kompensationsverordnung so zu regeln, dass wir nur minimal-invasiv Ausgleichsflächen brauchen. Es gibt eine Übereinkunft mit dem Bayerischen Bauernverband über eine großzügige Entschädigung, bezogen auf den Verkehrswert, was die Eintragung der Grunddienstbarkeit ins Grundbuch angeht. Die zweite Säule ist eine Entschädigung während der Bauphase bis über mehrere Vegetationsperioden hinweg. Auch beim dritten Thema, den wiederkehrenden Leistungen, hat sich die Bayerische Staatsregierung ganz klar positioniert.

Herr Aiwanger, Ihnen persönlich und den FREIEN WÄHLERN halte ich aber Folgendes vor: Einen modernen Industriestandort wie den Freistaat Bayern, ein Lastzentrum in Niederbayern – sagen Sie bitte mal den Betriebsräten in Niederbayern bei BMW, lieber Bernhard, und anderer Firmen, wie leichtfertig eine politische Gruppierung mit dem volkswirtschaftlichen Wohlstand dieses Landes spielt – kann man nicht mit Photovoltaik und Windkraft und Biogas versorgen. Das funktioniert nicht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Gas! Gas! Gas!)

Das sagt Ihnen jeder. Und deshalb ist es unverantwortlich, was Sie hier machen. Das ist reinster, purster Populismus.

(Beifall bei der CSU)

Allerletzter Punkt: Wir belassen es nicht dabei. Wir bauen die erneuerbaren Energien weiter aus. Der Freistaat Bayern hat als erstes Bundesland von den Möglichkeiten Gebrauch gemacht, die Flächenkulisse zu erweitern. Das heißt: Im Freistaat Bayern kön-

nen wieder großflächige Photovoltaikanlagen in sogenannten benachteiligten Gebieten errichtet werden. Wir setzen weiterhin auf Biogas. Wir wollen einen begrenzten Ausbau bestehender Querbauwerke an Wasserkraftwerken, nicht neuer Querbauwerke. Unser Dreiklang bleibt gleich – hier unterscheiden wir uns, lieber Kollege Stümpfig, lieber Kollege Bernhard Roos, gar nicht so sehr –, indem wir sagen: Dieses Land braucht Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit – meine Damen und Herren, mal Hand aufs Herz: Wir sind die Nummer zwei in Europa; vor uns liegt nur noch Dänemark, was den Strompreis für Verbraucher und Industriekunden angeht; das ist also die zweite große Herausforderung – und drittens: Wir brauchen weiterhin einen Zubau der erneuerbaren Energien, was die Umweltverträglichkeit angeht. Das ist unser Dreiklang.

Abschließend will ich den Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD antworten: Was dieses Thema angeht, gab es große, fraktionsübergreifende Übereinstimmung; ausgenommen war lediglich, wie gesagt, die energiepolitische Geisterfahrt des Kollegen Aiwanger.

Eines kann ich mir allerdings jetzt nicht ersparen, lieber Bernhard. Das muss jetzt noch sein. Der Bayerischen Staatsregierung Versagen vorzuwerfen,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist nie ganz falsch!)

passt nicht, wenn dieser Vorwurf aus dem Mund des Vertreters einer Partei kommt, die nach wie vor in Nordrhein-Westfalen leidenschaftlich auf Kohle setzt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Bitte Grüße an Herrn Laschet!)

Wir sind nicht die Kohle-Fraktion; die Kohle-Fraktion seid immer noch ihr. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung. – Kollege Aiwanger, jetzt dürfen Sie reden. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Pschierer, Sie sagten vorhin, ich solle klären, wie die Situation in den Landkreisen aussieht. Sie wissen, dass viele Landkreise auf dem Weg sind, rechnerisch gesehen zur energieautarken Region zu werden, dass also der Energiemix vor Ort von Biogas, von Photovoltaik, von Wasser, von Wind in etwa den Eigenbedarf in einem Landkreis abdeckt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Viele Landkreise wollten noch mehr tun, wenn ihnen nicht so viele Hürden in den Weg gelegt worden wären. Wir haben heute schon Landkreise, die rechnerisch über 100 % der verbrauchten Energie erzeugen. Nie wird sich jedes Dorf selbst versorgen können. Sie wollen zwischen Norddeutschland und dem Süden austauschen und sagen: Kleinere Einheiten gehen nicht. Aber wir müssen doch wenigstens innerhalb Bayerns besser austauschen lassen. Wir haben viele Landkreise, die heute schon rechnerisch die 100 % haben oder die das die nächsten Jahre hinbekämen. Das ist meine Antwort auf Ihre Ausführungen.

Tun Sie nicht so, als wären wir hier weit, weit davon entfernt, mit erneuerbaren Energien Strom zu erzeugen. Wir haben um die Mittagszeit in Bayern Vollversorgung allein mit Photovoltaik, wenn die Sonne scheint.

(Zurufe von der CSU)

Vor Jahren wurde gesagt, das sei alles Kinderkram, ohne fossile Energien und Atom gehe es nicht. Ich sage nochmal: Wenn Sie den erneuerbaren Energien die Chance ließen, ginge dieser Weg ins Ziel. Ihr Weg heißt ja offenbar: Wir kommen nie aus den

fossilen Energieträgern heraus. Sie wollen also ewig bei den fossilen Energien bleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Herr Aiwanger, jetzt haben Sie gerade wieder den Beweis dafür geliefert, dass Sie null Komma null von der ganzen Thematik verstehen.

(Beifall bei der CSU)

Wie können Sie sich in diesen Plenarsaal stellen und sagen: Aber rechnerisch ist das möglich? – Rechnerisch, Herr Kollege Aiwanger, ist der Freistaat Bayern seit längerer Zeit energieautark. Aber es gibt halt die drei Buchstaben K, D und F: kalt, dunkel und Flaute.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Da hilft mir die rechnerische Leistung überhaupt nichts. Damit Sie es mir wirklich glauben, lassen Sie mich als Kronzeugen einen CSU-Bürgermeister benennen. Es gibt, lieber Thomas Kreuzer, im wunderschönen Allgäu die Gemeinde Wildpoldsried, die sich als energieautark bezeichnet. Dort gibt es viele Photovoltaikanlagen und viel Biogas. Aber wenn ich den Herrn Bürgermeister frage, wie groß die Bereitschaft ist, die Gemeinde vom Netz abzukoppeln, kommt ein Stirnrunzeln; so habe er das auch wieder nicht gemeint; denn es könnte ja sein, dass Sonne und Wind einmal nicht im erforderlichen Umfang verfügbar seien.

Zum letzten Punkt, Herr Aiwanger: Machen Sie sich einfach einmal die Mühe und fahren nach Werlte. Dort gibt es eine Power-to-Gas-Anlage, von Audi betrieben. Vielleicht haben Sie das schon getan; dann haben Sie es aber auch nicht verstanden. Wissen

Sie, es ist kein Problem, mit Überschussstrom aus Photovoltaikanlagen mit einem elektrolytischen Verfahren Wasserstoff zu erzeugen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Warum tun wir das nicht?)

Da fügen Sie CO₂ hinzu, und Sie erzeugen künstlich Methan. Aber fragen Sie bitte einmal nach dem Wirkungsgrad. Der Wirkungsgrad geht rapide nach unten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Lieber verschenken Sie den Strom!)

Wenn Sie von dem Gas wieder rückverstromen wollen, geht der Wirkungsgrad noch weiter herunter. Dann müssen Sie den Leuten auch sagen, wer das bezahlen soll. Power to gas ist im Massenbetrieb derzeit nicht darstellbar und auch nicht finanzierbar.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Ich möchte ankündigen, dass über den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Wir werden sie zu einem späteren Zeitpunkt durchführen.

Wir kommen zu den Dringlichkeitsanträgen zurück. Zu Nummer 1 haben wir drei Abstimmungen durchzuführen. Die SPD-Fraktion hat hier namentliche Abstimmung beantragt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie betrifft unseren Antrag; aber beantragt hat sie die CSU!)

– Aber namentlich abgestimmt wird über den SPD-Antrag, Herr Kollege.

Ich lasse jetzt über den ersten Dringlichkeitsantrag abstimmen; das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 17/19514. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen.

– Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN und der Kollege Muthmann (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Stimmenthaltung der Abgeordneten Claudia Stamm (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/19515 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den SPD-Antrag betreffend "Qualität in bayerischen Kitas sicherstellen – staatliche Förderung anheben!" auf Drucksache 17/19490.

Die Urnen stehen bereit. Ich darf Sie bitten, die Stimmkarten einzuwerfen. Fünf Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 15.34 bis 15.39 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Karten draußen auszuzählen. Das Ergebnis wird anschließend bekannt gegeben.

Wir können die nächste namentliche Abstimmung noch nicht durchführen, weil die erforderliche Zeit noch nicht abgelaufen ist.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt lasse ich namentlich über den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/19491 betreffend "Regionale Energiewende statt Landzerstörung: SuedLink/SuedOstLink stoppen!" abstimmen. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte Sie, die Stimmkarten einzuwerfen. Die Abstimmung ist eröffnet. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 16.22 bis 16.27 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, die Stimmkarten draußen aus-zuzählen. Das Ergebnis wird später bekannt gegeben.

Dann gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeits-antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber und an-derer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Regionale Energiewende statt Land-zerstörung: SuedLink/SuedOstLink stoppen!", Drucksache 17/19491, bekannt: Mit Ja haben 14, mit Nein 117 gestimmt; es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dring-lichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.12.2017 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Regionale Energiewende statt Landzerstörung: SuedLink / SuedOstLink stoppen! (Drucksache 17/19491)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Gibis Max		X	
Aigner Ilse				Glauber Thorsten			
Aiwanger Hubert	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Arnold Horst				Gote Ulrike			
Aures Inge				Gottstein Eva	X		
				Güll Martin		X	
Bachhuber Martin		X		Güller Harald			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Guttenberger Petra		X	
Bauer Volker							
Baumgärtner Jürgen				Haderthauer Christine		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Häusler Johann			
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann			X	Hartmann Ludwig		X	
Blume Markus				Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian		X		Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra		X	
Celina Kerstin		X		Hintersberger Johannes		X	
				Hözl Florian			
Deckwerth Ilona		X		Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex				Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel		X	
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard		X		Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann			
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina				Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine		X	
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert				Karl Annette			
				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus		X		Knoblauch Günther		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		König Alexander		X	
Gehring Thomas		X		Kohnen Natascha			
Gerlach Judith		X		Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			
Müller Ruth			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina			
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	14	117	1